



Debatten-Dossier  
Meinungsfreiheit





## Buzzard

Dieser Reader wurde zusammengestellt mit Unterstützung der Buzzard-Redaktion.

<https://www.buzzard.org/>

Buzzard ist eine preisgekrönte Politik- und Nachrichten-App mit Sitz in Berlin. In Zeiten von Filterblasen und Desinformation zeigt das 12-köpfige Redaktionsteam aus Politik- und Medienprofis interessante Perspektiven vom ganzen **Meinungsspektrum** – unparteiisch, transparent und werbefrei.

Täglich um 18 Uhr erscheint eine neue Tagesausgabe, die Medien vom ganzen politischen Spektrum abbildet und den Menschen so ein größeres Verständnis für die Motive und Positionen von Andersdenkenden vermittelt. 3 Themen pro Tag, darunter eine Debatte im Pro- und Contra-Format. Alle Perspektiven. In 15 Minuten lesen.

Wie funktioniert das? Unser Redaktionsteam durchsucht das Internet täglich ab 5 Uhr morgens nach verschiedenen Positionen aus bis zu 2000 Quellen zu aktuellen Nachrichtenthemen, ordnet diese Positionen nach Relevanz und Glaubwürdigkeit ein und bereitet sie auf.

Es gibt zu jedem Thema und zu jedem Artikel eine **Zusammenfassung**, die man in ca. 30 Sekunden lesen kann sowie den Link zum Originalartikel.

Ergänzende Informationen zu Verfasser:in und Quelle erhält man in den „Anmerkungen der Redaktion“ und kann so die Inhalte besser beurteilen und einordnen.

Der Reader wurde zusammengestellt von Franz Glaw und einem Team von Studierenden an der Freien Hochschule Stuttgart, Fachbereich Medienpädagogik unter der Leitung von Joscha Gawallek für die Verwendung an Waldorfschulen in den Klassen 9 bis 12.

<i>Einleitung / Kurzfassung</i> .....	4
<i>Pro 1: Das Löschen der Querdenken-Konten ist überfällig</i> .....	5
<i>Pro 2: Warnen oder Löschen: Wie sollen Plattformen mit Falschmeldungen verfahren?</i> ....	6
<i>Pro 3: Für eine positive soziale Medienordnung</i> .....	7
<i>Contra 1: Wenn der Kampf gegen Fake News dumpfbackig wird</i> .....	8
<i>Contra 2: Social-Media-Verbannung ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit</i> .....	9
<i>Contra 3: Meinungsfreiheit im Netz - Gut gemeinte Zensur</i> .....	10
<i>Zusatzmaterial</i> .....	12
<i>Mat 1: Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können</i> .....	12
<i>Mat 2: Umfrage: 44 Prozent raten zu Vorsicht bei Meinungsäußerung</i> .....	14
<i>Mat 3: Meinungsfreiheit – Was ist das?</i> .....	15
<i>Mat 4: Deutschland fällt in der Liste der Pressefreiheit aus den Top Ten</i> .....	19
<i>Mat 5: Reporter ohne Grenzen - Reporters Without Borders (RSF)</i> .....	20
<i>Mat 6: Land ohne Meinungsfreiheit</i> .....	21

## Einleitung / Kurzfassung

In sozialen Medien äußern heute Millionen Menschen täglich ihre Gedanken, Gefühle und politischen Überzeugungen. Noch nie war es so leicht, Ideen in die Welt hinauszutragen – ob über kurze Texte, Bilder, Videos oder Kommentare. Diese neuen Möglichkeiten haben die öffentliche Kommunikation grundlegend verändert. Doch je stärker Plattformen wie Instagram, TikTok, YouTube oder X (ehemals Twitter) den Alltag prägen, desto sichtbarer werden auch ihre Schattenseiten. Neben persönlichen Meinungen verbreiten sich dort zunehmend falsche oder stark verzerrte Informationen, oftmals in rasanter Geschwindigkeit.

Besonders problematisch wird dies, wenn solche Beiträge nicht nur irreführend sind, sondern das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben oder gezielt einzelne Menschen diffamieren. Falschmeldungen über Minderheiten, Politikerinnen und Politiker oder gesellschaftliche Gruppen können zu Anfeindungen, realen Bedrohungen oder sogar Gewalt führen. Untersuchungen zeigen, dass wiederholte digitale Hetze reale Folgen haben kann – etwa wenn einzelne Personen zur Zielscheibe werden und Einschüchterung oder Aggressionen erleben. Gleichzeitig warnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor der Gefahr, dass zu viele Eingriffe in die digitale Kommunikation die freie öffentliche Debatte einschränken könnten. Gerade in Demokratien gilt Meinungsfreiheit als ein grundlegendes Recht, das nur sehr zurückhaltend begrenzt werden darf.

Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren intensiv darüber diskutiert, wie Gesellschaft und Staat mit nachweislich falschen Inhalten umgehen sollen. Reicht es aus, wenn Plattformen solche Beiträge markieren oder ihre Sichtbarkeit einschränken? Oder braucht es strengere Maßnahmen, um die Verbreitung gefährlicher Falschinformationen wirksam zu stoppen? Kritiker solcher Eingriffe befürchten jedoch, dass der Staat damit zu viel Macht über den digitalen Meinungsaustausch erhält und am Ende mehr gelöscht wird als notwendig.

So stellt sich die Frage: **Soll der Staat Beiträge in sozialen Medien löschen dürfen, wenn sie nachweislich falsch sind?**